

Gemeinsame europäische Offiziersausbildung

Verteidigungspolitik europäisch denken

Beschluss des Deutschlandtages vom 11. bis 13. Oktober 2019 in Saarbrücken

Die Junge Union Deutschland fordert die Bundesregierung dazu auf, sich entschlossen dafür einzusetzen, eine gemeinsame Teilausbildung (zum Beispiel gemeinsame NATO-Prozesse) der Offiziere der Mitgliedsstaaten der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) der Europäischen Union verstärkt zu fördern.

Begründung:

Bereits die Gründungsväter der Europäischen Union verfolgten die Idee einer gemeinsamen europäischen Verteidigungsunion. Zuletzt sprachen sich sowohl Emmanuel Macron als auch Angela Merkel anlässlich der Unterzeichnung des Aachener Vertrages wie auch Manfred Weber im Zuge des EU-Wahlkampfes für das Zusammenwachsen europäischer Streitkräfte aus.

Erklärtes Ziel unseres Grundgesetzes ist, als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen. Dies erfordert in Zeiten der Ungewissheit und unklaren Machtverhältnisse, in denen der Bestand aktueller Sicherheitsbündnisse bedroht ist, einen Ausbau europäischer Verteidigungsinitiativen.

Bereits bestehende Austauschprojekte zwischen den Streitkräften zur Förderung des gemeinsamen europäischen Gedankens sind zu punktiert und nicht umfassend genug. Erfahrungen aus EU- Missionen im Rahmen der GSVP zeigen, dass Kommunikations- und Verwaltungsabläufe nicht

20

reibungslos verlaufen. Allgemein fehlt an vielen Stellen ein gemeinsames Bewusstsein zur Auftragserfüllung.

In diesem Rahmen fordern wir die Ausbildung des Führungsnachwuchses in einem gemeinsamen europäischen Kontext zu denken.

Wir glauben, dass ein frühes Miteinander bestehende Kommunikations- und Verständnisprobleme abbaut und langfristig die Handlungsfähigkeit und Verteidigungsbereitschaft einer europäischen Verteidigungsunion fördert.